Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Leitung Nr. 2535; der Redaktion Nr. 2532; Geschäftsstelle Nr. 176; Nebengeschäftsstelle (Markt 24) Nr. 2265.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Neununddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.

Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 112. **Halle a. d. Saale, Dienstag, den 7. März** **1905.**

Sir Thomas' Weltfrieden-Propaganda.

Noch nicht lange ist es her, seit Oberstleutnant v. Egidy in Rede und Schrift das Herannahen einer neuen Zeit, der Weltfriedensära, verkündete. Er forderte für das Menschengeschlecht eine „Erziehung zur kriegslosen Zeit"; aber mitten in der Wirksamkeit für die von ihm hervorgerufene und bereits stark anschwellende Bewegung raffte den rastlosen Apostel der neuen Heilslehre der Tod dahin. In den Friedensvereinen der zivilisierten Staaten nahm die internationale Friedensbewegung ihren Fortgang; sie trat zwar in Deutschland nicht mehr wie zu Egidys Zeiten vor das breite Forum der Volksversammlungen, aber viel ist seitdem geschehen, um die Friedensbestrebungen einheitlich zu organisieren. Von den hervorragendsten Erscheinungen auf dem Gebiete der Friedenspropaganda sind speziell die Einsetzung des Haager internationalen Schiedsgerichtshofs und die Friedenspreisfestsetzungen des Nobelinstituts zu nennen. In Europa sind 587 Friedensgruppen bemüht, die Idee friedlichen internationalen Ausgleichs zu propagieren, wozu außerdem noch 26 Gesellschaften in den amerikanischen und sonstigen Staaten kommen. Spielte sich letzthin in Deutschland die Verbreitung des Friedensgedankens mehr und mehr im internen Vereinsleben der vier deutschen Friedensgesellschaften und der 70 deutschen Friedensgruppen ab, so hat in England und Frankreich, sowie in den Vereinigten Staaten die Friedensbewegung breitere Wellen geschlagen. Von England aus wurde die stete Neubelebung der Idee versucht. Ihr jetziger eifrigster Verbreiter, der praktische Resultate für das internationale Kulturleben zu zeitigen sich zur Aufgabe gemacht hat, ist der Engländer Sir Thomas Barclay, auf dessen Bemühungen hin der englisch-französische Schiedsgerichtsvertrag zustande gekommen ist, und der jüngst in der Generalversammlung des Deutschen Handelstages in Berlin die deutsch-englischen Antipathien in glänzender Rede lebhaft bekämpfte. Barclays neueste Idee geht dahin, den Egidyschen Gedanken einer Erziehung zur Weltverbrüderung wieder aufzunehmen, um ihm die Form zu geben, die ihn allein lebenskräftig machen kann; er will die Friedensbewegung in den Massen organisieren und aus den Bevölkerungen der vier Großmächte England, Deutschland, Frankreich und der Union eine Friedensarmee rekrutieren, die unter dem Namen der „Internationalen Brüderschaft" eine höhere Kultureinheit darstellen soll, als die bestehenden Staatswesen sind.

Daß Sir Thomas damit den Kern der Frage berührt hat, ist einleuchtend. Krieg ist nur dann möglich, wenn zwei oder mehrere Parteien vorhanden sind, die in Differenzen miteinander geraten können. Gibt es nur eine in sich solidare Kulturstaaten-Einheit, so hört die Möglichkeit eines Krieges von selbst auf. Durch Massen-Belehrung und -Erziehung will Barclay den Weg von der jetzt vorhandenen Staatenvielheit zur Staateneinheit vorbereiten. Dazu will er zunächst internationale Kriegswehren organisieren, die ähnlich wie die Feuerwehren äußere Abzeichen zu tragen haben. Man muß abwarten, welche praktischen Resultate seine Agitation zeitigen wird. Es ist selbstredend nicht zu leugnen, daß sich bei den Kulturnationen ein gewisses allgemeines Solidaritätsempfinden bei der vorhandenen Uebereinstimmung der überwiegenden Interessen immer stärker ausbildet. Aber bis zu einer völligen Identifizierung der Interessen der vier von Barclay in Aussicht genommenen Nationen ist doch noch ein so weiter Weg, daß uns wenigstens der Barclaysche Vorschlag vorläufig als nichts anderes als ein utopischer Gedanke erscheinen will. Es kann zweifelsohne nichts schaden, wenn man versucht, die Friedensidee bei den einzelnen Nationen immer lebendiger werden zu lassen; aber solange die einzelnen Völker in einer vorwärtsdrängenden Entwicklung begriffen sind, solange neue Generationen mit den alten um ihre Existenz zu ringen genötigt sein werden und solange das Prinzip des Kampfes ums Dasein aus der menschlichen Gesellschaft nicht eliminiert sein wird, solange es einen „Kampf um die Futterplätze" gibt, solange nicht der einzelne Weltbürger mit dem Gefühl völliger Befriedigung der materiellen Bedürfnisse auf die Welt kommt und die einzelnen Nationen nicht im Stillstand ihres Entwicklungsstadiums Genugtuung finden, ebenso lange wird eine internationale Kriegswehr Barclayscher Prägung auch nichts anderes sein, als ein auf einer Täuschung über die Existenzbedingungen des Menschen beruhender, zwar gutgemeinter, aber im Ernstfalle versagender Versuch, das goldene Zeitalter herbeizuführen. Die materielle Frage, die im menschlichen Leben und im Leben der Nationen einen sehr maßgebenden Einfluß ausübt, läßt sich nicht künstlich hinwegdinterpretieren. Gewiß können Situationen eintreten und sie sind jetzt vorhanden, in denen die Solidarität der Nationen den Krieg als ein wirtschaftliches Uebel erscheinen lassen muß; aber nicht ausgeschlossen ist ebenso die Situation, daß für eine Nation der Krieg zu einer volkswirtschaftlichen Notwendigkeit wird. Solange Sir Barclay das Bevölkerungsproblem, das alle künstlichen Bestimmungen über den Haufen wirft, nicht lösen kann, wird er auch den Weltkrieg nicht aus dem Bereiche der politischen Möglichkeit beseitigen.

Die realen Verhältnisse lassen daher zwar die Barclaysche Friedenspropaganda als politisch recht bedeutungsvoll zu, denn tatsächlich mag es vielfach gelingen, momentane Völkerverstimmungen, die ohne ernstlichen wirtschaftskonträren Hintergrund sind, aus dem Wege zu räumen. Aber für den bitteren Fall der Not wäre diese Hilfe doch eine sehr imaginäre. Leider ist auch mit diesem Barclayschen Projekt immer noch nicht das bessere Mittel gefunden, das an die Stelle des gegenwärtigen Systems des sogenannten bewaffneten Friedens zu setzen wäre. Dies hat den Vorzug, eine tatsächlich wertvolle Versicherung der Völker gegen Kriegsausbruch zu sein. Si vis pacem, para bellum, bleibt eine alte Wahrheit, die bisher durch keine Argumentation noch so geistvoller Natur hat ab absurdum geführt werden können.

***

Deutsches Reich.

Ein photographierter Gottesdienst.

Unter dieser Ueberschrift schreibt die „Freie Deutsche Presse": Photographierte Gottesdienste sind eine Neuerung, die erst aus jüngster Zeit stammt und die die immer weiter ausgebildete Technik der Enthüllungs- und Einweihungsfeierlichkeiten beschert hat. Bei solchen glanzvoll inszenierten Einweihungsfeierlichkeiten erscheint ja in neuerer Zeit manchmal der Photograph beinahe als die wichtigste Persönlichkeit. Es wird erzählt, daß vor einigen Jahren sich die hohen und höchsten Gäste zu einem Weihcakt pünktlich eingefunden hatten, daß aber das Zeichen zum Beginn der Feierlichkeiten ausblieb, obgleich die dafür festgesetzte Zeit längst verstrichen war. Als dann ein in die Geheimnisse der neuesten Feier-Technik nicht eingeweihter Ehrengast fragte: Wer fehlt denn eigentlich noch? Auf wen warten wir? Da wurde ihm, als handle es sich um etwas Selbstverständliches, die Antwort: Der Photograph!

Immerhin handelt es sich bei solchen photographischen Wiedergaben mehr oder weniger feierlicher Momente nur um Schaustellungen, die einen mehr äußerlichen Charakter tragen. Große Ueberraschung erregten aber vor einigen Jahren Photographien, die den Kaiser und die ihn umgebende Generalität im Zeughause auf den Knien in stillem Gebet niedergesunken zeigten. Gerade in kirchlichen Kreisen wurden damals Stimmen laut gegen eine Heranziehung von Photographen für solche Momente der Andacht. Es ist aber nicht bekannt geworden, daß die Synoden, auf denen in den letzten Jahren vielfach Klagelieder angestimmt wurden darüber, daß man von Schiffstaufen, Bergwerkstaufen, Brückentaufen usw. spricht, protestiert hätten gegen das Photographieren von Menschen, die im Gebet niederknien oder eine Andacht abhalten.

Daß bei der Einweihung des neuen Domes in Berlin der Photograph in weitem Umfange herangezogen werden würde, war anzunehmen nach den sorgsamen Vorbereitungen, die für eine wirkungsvolle, auf das Auge und Ohr berechnete Einweihungsfeier bis ins einzelne ausgearbeitet waren. Daß der Kaiser photographiert worden ist, wie er seine Gemahlin an den Dom geleitet, daß die feierliche Oeffnung des Domportals durch Oberhofprediger Dryander photographisch im Bilde festgehalten wurde, kann nicht überraschen, wohl aber muß es Verwunderung erregen, daß auch während des feierlichen Gottesdienstes photographische Aufnahmen im Dom vorgenommen worden sind. So ist auf einer solchen jetzt veröffentlichten Photographie der Moment festgehalten, wie Oberhofprediger Dryander im Dome seine Weihederede hielt. Dryander steht vor dem Altar predigend, ihm zur Seite zwei Geistliche; die Menge lauscht den Worten des Oberhofpredigers, der seine Rechte segnend erhebt. Die Photographie muß aus großer Nähe gerade angesichts des Geistlichen angefertigt sein. Eine andere Photographie mit der Unterschrift: „Der erste Gottesdienst im neuen Dome" zeigt die photographierten Andächtigen und in der Loge auf der Empore das Kaiserpaar mit den geladenen Fürstlichkeiten.

Ein derartig photographierter Gottesdienst mag ja in den Rahmen der kirchlich-militärisch-höfischen Weiheakte gehören, wie sie neuerdings nicht selten vorgenommen werden. Streng kirchlich gesinnte Protestanten aber dürften der Meinung sein, daß ein Photograph mit seinem Apparat ebensowenig wie an ein Totenbett in einen Gottesdienst gehört. Das Bild eines photographierten Gottesdienstes ruft die Erinnerung wach an das Wort des wackeren Schwaben Uhland, der bei der Beratung eines von orthodoxer Seite eingegangenen Antrages, die parlamentarischen Verhandlungen in der Kammer mit einem Gebet einzuleiten, erklärte: „In der Bibel steht: Wenn du beten willst, so gehe in dein Kämmerlein, von der Kammer aber steht nichts da."

Betriebsmittel-Gemeinschaft und Personentarif-Reform.

Die gestrige Einleitungsrede des Herrn v. Budde zum Eisenbahnetat hat in zwei wichtigen Punkten eine Klärung gebracht. Die Durchführung der Betriebsmittelgemeinschaft mit den süddeutschen Staaten darf als gesichert betrachtet werden, dagegen ist die Frage der Personentarifreform noch um keinen Schritt ihrer Lösung näher gerückt; man darf wohl auch annehmen, daß die derzeitigen Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten, soweit sie eine Verständigung auch in der Personentariffrage bezwecken, resultatlos verlaufen werden. Die Widerstände, die gerade in dieser Frage zu überwinden sind, sind zu komplizierter Natur, dazu kommt die Rücksicht, die die süddeutschen Staaten auf die Stimmung weiter Kreise ihrer Bevölkerung nehmen müssen, die einer Anpassung an preußische Verhältnisse nach wie vor höchst ungünstig ist. Erst vor wenigen Tagen noch hat der badische demokratische Landtagsabgeordnete Dr. Heimburger in einer Berichterstattung über seine Tätigkeit auf dem letzten Landtag davon gesprochen, das Bestreben Preußens sei darauf gerichtet, sämtliche Bahnen Deutschlands in seine Hand zu bekommen, und das in Baden verbreitetste nationalliberale Blatt, der „Schwarzwälder Bote", hatte dazu bemerkt: „Es wäre niederdrückend, wenn wir (in Baden) mit unseren Eisenbahnwünschen auf die Gnade eines anderen Staates angewiesen wären." Diese Mißstimmung der badischen Bevölkerung gegen eine Tarifverständigung mit Preußen, die in Bayern vielleicht noch schärfer zum Ausdruck kommt, läßt einen günstigen Abschluß der Verhandlungen für die nächste Zukunft nicht erhoffen.

Herr v. Budde bezeichnete sich auch gestern als einen entschiedenen Gegner des derzeitigen Fahrkartensystems in Preußen, das unmöglich noch länger aufrecht erhalten werden könne. Das System sei fehlerhaft, veraltet, eine Qual für Publikum und Verwaltung, die Berechnung eine viel zu teure. Das System verleite geradezu zum Betrug und zur Unmoralität. Der Abg. Wallenborn hatte zum Beweis dafür, in welchem Umfang bei dem jetzigen System Durchstechereien möglich sind, eine ganze Kiste von unabgestempelten Fahrkarten, die er nur für seine Person gesammelt, dem Minister vorher zur gefälligen Ansicht vorgelegt. Den Grundgedanken der von ihm angestrebten Reform präzisierte der Minister dahin, daß keine Verbilligung, wohl aber eine Vereinfachung der Tarife auf Basis der halben Rückfahrkarte eintreten müsse. Auf die Presse ist Herr v. Budde nicht gut zu sprechen, die in den Tageszeitungen bezüglich der Personentarifreform gemachten Vorschläge finden nicht den Beifall des Ministers. Er sprach in diesem Zusammenhang u. a. auch davon, daß eine großzügige Reform, die in der Presse immer verlangt werde, unmöglich sei, wenn jeder „für die eigene Fiskalität" arbeite; da es eine Fiskalität, die angeblich von der Presse vertreten wird, nicht gibt, so darf man wohl annehmen, daß diese unwitzige Bemerkung des preußischen Herrn Eisenbahnministers gegen gewisse politisch interessierte Kreise gerichtet war.

Akademische Freiheit.

Die „Mißverständnisse" an der Technischen Hochschule in Hannover reißen nicht ab, sehr zum Schaden der endgültigen Beilegung des Konflikts. Wie der „Hannov. Cour." nämlich hört, hat die berufene amtliche Stelle in Hannover irrtümlich mitgeteilt, daß die Umwandlung der Relegation Heiles in einen Verweis auf dem Gnadenweg erfolgt sei. Die Umwandlung der Strafe ist vielmehr, wie jetzt erklärt wird, ordnungsgemäß vom Kultusminister auf dem Wege des Rekurses geschehen.

Die Not im Ruhrrevier.

Zur Linderung der Notlage zahlte die Zeche „Mont Cenis" bei Essen a. d. Ruhr jedem Bergmann 15 M. und jedem Kinde 3 M. im Gesamtbetrage von 40,000 M.

Parlamentarisches.

— Beim Reichstage eingegangen sind eine Denkschrift über die Errichtung einer Deutsch-Ostafrikanischen Bank, sowie eine Denkschrift über die in dem südwestafrikanischen Schutzgebiete tätig gewesenen Land- und Minengesellschaften.

Politisches.

— Bei der Verleihung von Orden an Ausländer hat es schon manchmal Ueberraschungen gegeben, wenn es unterblieben war, vorher Erkundigungen über die Bereitwilligkeit zur Annahme eines Ordens einzuziehen. Neuerdings hatte der deutsche Reichskommissar für die Weltausstellung in St. Louis, Dr. Lewald, dem deutsch-amerikanischen Politiker Edward L. Praetorius, Herausgeber der „Westlichen Post" in St. Louis, mitgeteilt, daß ihm der Kaiser den Roten Adlerorden verliehen habe. Herr Praetorius hat nun den Orden mit der Erklärung abgelehnt, daß er zwar die Ehre zu schätzen wisse, aber als Republikaner keinen Orden annehmen könne.

Kirche und Schule.

— Der preußische Kultusminister hat neuerdings Anlaß genommen, die Grundsätze in Erinnerung zu bringen, die für den Religionsunterricht der konfessionellen Minderheit in der Volksschule gelten. Danach sind die Schulverbände, abgesehen von dem Geltungsbereich des katholischen Schulreglements für Schlesien vom 18. Mai 1801, grundsätzlich verpflichtet, für den Religionsunterricht der konfessionellen Minderheit in der öffentlichen Volksschule zu sorgen und die dadurch entstehenden Kosten zu decken. Indessen ist, um ihnen nicht unverhältnismäßige Kosten aufzubürden, gestattet, daß besonderer Religionsunterricht für die konfessionelle Minderheit nur da eingerichtet zu werden braucht, wo die Zahl der in Frage kommenden Kinder einer Schule mindestens 12 beträgt, oder wo diese Zahl durch Vereinigung der Kinder aus höheren Schulen erreicht wird.

— Eine Erläuterung der Ordnung für die zweite Prüfung der Volksschullehrer, die Beifall finden dürfte, hat das preußische Kultusministerium kürzlich gegeben. Diese Prüfungsordnung schreibt vor, daß neben den allgemeinen Anforderungen jeder Examinand sich auch über Umfang und Inhalt seiner Arbeiten in demjenigen Fache auszuweisen soll, in dem er sich nach seiner Angabe besonders weitergebildet hat. Diese Anordnung bezweckt hauptsächlich, den jüngeren Lehrern Anregung zur selbständigen Arbeit auf wissenschaftlichem Gebiete in einem ihrer Wahl überlassenen Fache zu geben, für das sie besondere Neigung besitzen. Das Kultusministerium macht nun bekannt, daß eine ausreichende Veranlassung, hierbei die französische Sprache, in der sich die Lehrer während ihrer Ausbildung in den Präparandenanstalten und in den Seminaren bekannt gemacht haben, auszuschließen, zurzeit nicht vorliegt. Dieser Erlaß hat insofern einen größeren praktischen Wert, als sich die Lehrer derjenigen gehobenen Volksschulen (Mittelschulen rc.), die französischen Unterricht erteilen, fast ausschließlich aus der Volksschullehrerschaft rekrutieren, und da es zurzeit an Bewerbern um Mittelschullehrerstellen außerordentlich mangelt. Für die Lehrer an diesen Schulen ist aber eine gute Ausbildung in einer fremden Sprache, auch wenn sie andere Fächer in erster Linie vertreten, durchaus notwendig. Es ist erfreulich, daß die Prüfungsordnung vom 1. Juli 1901, die nicht, wie im Abgeordnetenhause behauptet worden ist, dem jetzigen Kultusminister ihre Entstehung verdankt, wenn sie auch in seiner Amtszeit veröffentlicht worden ist, im Geiste ihres Urhebers, des Ministerialdirektors Kügler, interpretiert wird.

— Der staatliche Zuschuß für die Kaiser Wilhelm-Bibliothek in Posen ist von 30,000 auf 40,000 M. erhöht worden.

Verkehrswesen.

— Die Handelskammer zu Dresden richtete eine Eingabe an die sächsische Regierung, in der sie für die Erhaltung der Abgabenfreiheit auf dem Schiffahrtswege der Elbe eintritt.

Heer und Flotte.

— Kaiserliche Marine. „Bremen" ist am 3. März in Bermuda eingetroffen und geht am 11. März von dort nach San Juan de Portorico in See. „Falke" ist am 4. März in Chimbote (Peru) eingetroffen und am 5. März von dort nach Salaverry (Peru) in See gegangen. „Vineta" ist auf der Heimreise am 5. März in Vigo eingetroffen. „Stosch" ist am 5. März — Falmouth überschlagend — in Plymouth eingetroffen und setzt am 7. März die Reise nach Brunsbüttel fort. „Hertha" ist auf der Heimreise am 6. März in Port Said ein-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19050307021/fragment/page=0001

getroffen. Flußkanonenboot „Tsingtau" ist am 5. März in Hongkong eingetroffen. „Gitlle" ist am 4. März von Danzig nach Kiel in See gegangen. „Amazone" ist am 5. März von Kiel nach Wilhelmshaven in See gegangen. Der Dampfer „Frankfurt" mit dem Ablösungstransport für die Besatzung des Kiautschou-Gebietes an Bord ist am 4. März in Shanghai eingetroffen und hat am 5. März die Reise nach Tsingtau fortgesetzt. Das Eintreffen daselbst soll am 6. März erfolgen. Poststation für „Moltke" bis zum 8. März mittags durch Hofpostamt Berlin, sodann bis auf weiteres Kiel.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(Eigener Bericht der „Saale-Zeitung".)

155. Sitzung vom 6. März. 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Budde u. a.

Eingegangen ist ein Gesetzentwurf betr. die Erweiterung des Stadtkreises Dortmund.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung des von allen Parteien unterstützten Antrags Dr. Krause (natl.) und Genossen betreffend die Gewährung von Notstands-Darlehnen an Kleinschiffer. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, durch Nachtragsetat oder Anleihegesetz schleunigst Mittel bereitzustellen zur Gewährung von unverzinslichen oder gering verzinslichen Darlehnen an die durch den elementaren Wassermangel des Sommers 1904 schwer geschädigten Kleinschiffer zum Zwecke ihrer Erhaltung im Haus- und Nahrungsstande.

Abg. Dr. Krause (natl.) begründet seinen Antrag, den er an die Budgetkommission zu verweisen beantragt. Es handle sich um eine Notlage der Kleinschiffer, hervorgerufen durch die ganz außerordentliche Dürre des vorigen Sommers, die man wohl ein elementares Ereignis nennen könne. Die Schiffahrt auf den Kanälen sei im vorigen Sommer eine äußerst schwierige und stellenweise unmögliche gewesen. Dadurch seien die Kleinschiffer schwer geschädigt worden, die außerdem noch besondere Unkosten durch Leichtern ihrer Kähne rc. gehabt hätten. Da die wenigsten ihre Kähne schuldenfrei hätten, seien sie in eine schwere Notlage geraten. Die Kosten zur Abhilfe dieses Notstandes würden annähernd 2 Millionen Mark betragen. Wenn er auch im allgemeinen kein Freund der Staatshilfe sei, müsse doch in diesem Falle eine Ausnahme gemacht werden. Vor allem müsse schnell geholfen werden.

Ein Regierungskommissar erwidert, ein allgemeiner Notstand liege nach Ansicht der Regierung nicht vor, wenn auch manche Schiffer geschädigt worden seien. Die Kleinschiffer des Rheins, der Weser und Elbe kämen überhaupt nicht in Frage, da dort nennenswerte Schädigungen nicht vorgekommen seien. Eine außerordentliche Staatshilfe sei daher nicht angezeigt. Er bitte um Ablehnung des Antrages Krause.

Abg. Newoldt (fk.) tritt für den Antrag Dr. Krause ein.

Abg. Bleis (fr. Vp.) empfiehlt gleichfalls Annahme des Antrags.

Abg. v. Arnim (kons.) bemerkt, er habe nichts gegen eine Verweisung des Antrages an die Budgetkommission, warne aber vor den Konsequenzen. Die Landwirtschaft sei durch den trockenen Sommer viel mehr geschädigt worden, als die Kleinschiffer.

Abg. Pieltzsohn (fr. Vg.) macht darauf aufmerksam, daß für die Landwirtschaft schon häufiger Notstandsaktionen eingeleitet gewesen seien, und empfiehlt den Antrag Dr. Krause.

Abg. Dr. Wagner (fk.) meint, hier sei einmal Gelegenheit geboten, praktische Mittelstandspolitik zu treiben, man solle den Antrag annehmen.

Nach einem Schlußworte des Abg. Dr. Krause wird der Antrag Dr. Krause der Budgetkommission überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung.

Zunächst hält der Berichterstatter Abg. Schmieding (ntl.) einen einleitenden Vortrag über die Kommissionsberatung. Redner verbreitet sich auch über Betriebsmittelgemeinschaft und bemerkt, die Budgetkommission sei einstimmig für eine solche, aber unter der Bedingung, daß Preußen in dieser Betriebsmittelgemeinschaft die führende Stellung einnehme.

Minister v. Budde: Die Sicherheit des Betriebs ist eine unserer Hauptbestrebungen und wie die Unfallziffern ergeben, ist dieselbe von Jahr zu Jahr größer geworden. (Redner verliest die betreffenden statistischen Daten.) Diese große Sicherheit ist trotz der gewaltigen Zunahme des Verkehrs erreicht worden. In jedem Etat, auch in dem neuen, sind Mittel für neue technische Sicherungsmaßregeln enthalten. Auf der Weltausstellung in St. Louis haben wir 5 Preise für unsere Sicherungsmaßregeln erhalten. Aber diese Maßregeln allein können nicht helfen, wenn nicht die Beamtenschaft von einem guten Geiste beseelt ist. Ich habe eine große Anzahl neuer Schnellzüge eingeführt und werde auch möglichst in Schnellzügen die dritte Klasse einführen. (Beifall.) Auf den Nebenbahnen haben wir die Schnelligkeit gesteigert. Die dagegen geäußerten Bedenken teile ich nicht. Auf den Schiffen des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie werden jetzt Büchlein verteilt, die über die Eisenbahnverbindungen Aufschluß geben. Die Steigerung des Güterverkehrs nimmt immer mehr zu. Den Schwierigkeiten, die sich noch hie und da bei den Wagenstellungen ergeben haben, hoffe ich Herr zu werden. Zwei große Krisen hat die Eisenbahnverwaltung gehabt, erstens die große Dürre des Sommers, dann der Streik der Bergarbeiter. Im Ruhrrevier ging dadurch der Bedarf an Wagen von 15 000 auf 4000 pro Tag zurück. Wir haben aber keinen ständigen Arbeiter entlassen und das Fahrpersonal erhielt, trotzdem es nicht beschäftigt war, ⅔ des Lohnes. Die Eisenbahn hatte für sich so große Kohlenvorräte angesammelt, daß ein Streik sie nicht so leicht in Verlegenheit setzen konnte. Etwa 105,000 Tonnen englische Kohle habe ich allerdings ankaufen müssen, als der Streik so lange dauerte. Dann habe ich auch von der Saar und aus Oberschlesien mehr Kohlen wie sonst bezogen. Eine Mehrausgabe von etwa 1 Million haben diese Kohlenankäufe verursacht. Die durch die Trockenheit des Sommers begünstigten Waldbrände haben uns auch Kosten verursacht, vor allem der durch Funkenauswurf aus einer Lokomotive entstandene große Brand in Primkenau. Wir haben auch wieder verschiedene Notstandstarife gewähren müssen. Die beiden Krisen haben die erfreuliche Erfahrung gebracht, daß die Staatsbahnverwaltung große Krisen mit Leichtigkeit überwindet. Das würde eine Privatbahn nicht so tun können. Die Einheitlichkeit und der große Betrieb und das vorzügliche Betriebspersonal machen für die Staatsbahnen die Krisen so leicht. Für das Eisenbahnpersonal muß aber auch genügend gesorgt werden und das tue ich, soweit das im Rahmen unserer Finanzen möglich ist. Redner schildert, was für die Beamten im neuen Etat Neues enthalten ist. Namentlich sei die Einrichtung der Rottenführer und Schirrmänner von Wichtigkeit. Auch die Lage der höheren technischen Beamten werde immer mehr verbessert. Eine große Stellenvermehrung sei auch im neuen Etat enthalten. Vermehrt würden die Stellen der Lokomotivführer und Maschinisten um 779, der Zugführer um 562, der Weichensteller erster Klasse um 500, der Weichensteller um 1221 rc. Die Arbeitslöhne seien auch in einer beständigen Steigerung begriffen. Das Wohnungswesen sei auch in außerordentlicher Weise gefördert worden. Auch die Unterstützungsfonds seien vergrößert worden. Aus allem sei zu ersehen, daß er es für seine erste Pflicht halte, für die Beamten zu sorgen. Natürlich werde dadurch nicht verhindert, daß von Beamten wieder allerlei Petitionen an das Haus kämen. Er richte an die Beamten die Bitte, Vertrauen zur Verwaltung zu haben. Die Beamten und Arbeiter hätten ihre Pflicht auch unter schwierigen Verhältnissen treu getan und er hoffe, daß niemals unter ihnen Elemente sich fänden, die das gute Verhältnis stören, das jetzt im ganzen Eisenbahnkorps herrsche. Wenn auch der Streik etwa 7 Mill. M. gekostet habe, so hoffe er doch, daß das laufende Jahr einen größeren Eisenbahnüberschuß ergebe, als im Etat veranschlagt gewesen sei, da bis April die 7 Millionen wohl wieder eingeholt würden. Die günstige Finanzlage der Eisenbahnen sei eine Folge der wirtschaftlichen Lage, der Einheitlichkeit des Betriebes und der Neuorganisation, die Minister v. Thielen vor 10 Jahren geschaffen habe. Daher sei der Geschäftsgang ein viel flotterer geworden. Jetzige Schreiber an einer Sache mitwirken, um so schneller gehe es. (Beifall.) Drei Fragen hätten vor der Kommission eine Rolle gespielt, die Umleitung des Verkehrs, die Betriebsmittelgemeinschaft und die Personentarifreform. Letztere beschäftige ihn in erster Linie, denn er sei überzeugt, daß das jetzige System veraltet, fehlerhaft, ungerecht und eine Qual für das Publikum sei. (Beifall.) Es sei die höchste Zeit da jetzt Wandel zu schaffen. (Beifall.) Die Verwaltung beherzige immer den Spruch: „Rast ich, dann rost ich." (Beifall.)

Die Debatte wendet sich bei den Einnahmen zunächst der Frage der Betriebsgemeinschaft zu.

Abg. v. Pappenheim (kons.): Die Frage der Betriebsgemeinschaft ist von großer Bedeutung; ist die Betriebsgemeinschaft hergestellt, dann kann man viel leichter disponieren und infolgedessen auch das Material viel besser ausnutzen. Andererseits warne ich davor, auf diesem Wege zu weit zu gehen, damit nicht die Gefahr besteht, daß wir weiter schreiten und schließlich zu einer Reichseisenbahn kommen. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Macco (nl.): Das Material über die Betriebsgemeinschaft liegt uns noch nicht in solchem Umfange vor, daß wir darüber bereits abschließend urteilen können. Im allgemeinen aber betrachte ich sie als einen Gegenstand von hoher politischer Bedeutung, der Gedanke der Einheit Deutschlands wird dadurch gefördert. Die Selbständigkeit Preußens soll nicht aufgegeben werden, wohl aber soll alles geschehen, um den süddeutschen Staaten den Eintritt in die Betriebsgemeinschaft zu ermöglichen. (Beifall.)

Abg. Oeser (kons.): Im Prinzip stehen alle Parteien der Betriebsgemeinschaft sympathisch gegenüber, ernsthafter Widerspruch ist dagegen nicht erhoben. Die Betriebsgemeinschaft gibt die Möglichkeit, den Artikel 42 der Reichsverfassung, wonach die Eisenbahnen einheitlich verwaltet werden sollen, endlich auszuführen. Die Schwierigkeiten, die sich der Einführung der Betriebsgemeinschaft entgegenstellen, sind einmal darin begründet, daß man die Regelung der Personentarifreform zur Vorbedingung macht und zweitens, daß die süddeutschen Staaten fürchten, daß Preußen die Beschaffung der Betriebsmittel allein in die Hand bekommen soll. Nach meiner Meinung ist die Regelung der Personentarifreform nicht nötig, um die Betriebsgemeinschaft durchzusetzen, man hat in Süddeutschland Eigenarten, z. B. die Kilometerhefte in Baden, die man beibehalten will, man wolle in Süddeutschland auch nichts von der vierten Wagenklasse wissen. Ueber die Frage der Reichseisenbahnen braucht man sich keine grauen Haare wachsen zu lassen, dies Ziel wird infolge der großen Schwierigkeiten, die dagegen stehen, wohl kaum jemals erreicht werden können. Es dürfen mit der Betriebsmittelgemeinschaft einzig und allein wirtschaftliche, keine politischen Zwecke verfolgt werden. Wenn von einer süddeutschen Betriebsgemeinschaft die Rede war, so betone ich dem gegenüber, daß eine solche niemals das leisten könnte, das eine allgemeine deutsche Gemeinschaft leisten würde. Bei gutem Willen und bei der nötigen Rücksichtnahme auf die Süddeutschen hoffe ich, wird der Minister die Frage der Betriebsmittelgemeinschaft zur Zufriedenheit lösen. (Beifall.)

Abg. Schwedding (Ztr.): Auch meine Freunde stehen dem Plane einer Betriebsmittelgemeinschaft, soweit er bis jetzt bekannt ist, sympathisch gegenüber. Zweifellos wird die Betriebsgemeinschaft auf die Reform der Personentarife günstig einwirken.

Abg. Gamp (fk) befürchtet, daß eine Betriebsmittelgemeinschaft aller deutschen Staaten von gewisser süddeutscher Seite doch zum Hetzen gegen Preußen benutzt werden würde. Er empfehle daher, diese Gemeinschaft auf Kündigung abzuschließen. Die Abschaffung der vierten Klasse wünsche er nicht; das würde dem besseren Mittelstande, der dadurch aus der dritten in die zweite Klasse gedrängt würde, das Reisen sehr verteuern.

Minister von Budde: Ueber die Betriebsmittelgemeinschaft kann ich mich nur für meine Person äußern, da ein Beschluß der Regierung noch nicht vorliegt. Zweck der Betriebsmittelgemeinschaft soll sein die Herbeiführung einer besseren Freizügigkeit von Lokomotiven und Wagen; dadurch will man eine größere Beschleunigung und Vereinfachung des Verkehrs bewirken und auch eine wesentliche Verbilligung. Unsere Güterwagen durchlaufen 4 Milliarden Nutzkilometer, werden daran infolge der Betriebsgemeinschaft auch nur 5 Prozent gespart, so bedeutet das schon eine Ersparnis von 43 Millionen. In Wirklichkeit ist die Ersparnis noch viel größer, denn die Buchführung und Kontrolle wird vereinfacht und kommt zum Teil in Wegfall, wodurch wir etwa 8 Millionen gewinnen. Selbstverständlich sind die Vorteile für die kleineren Staaten im Verhältnis größer als für Preußen. Vorsichtig muß man natürlich beim Abschluß einer Betriebsmittelgemeinschaft sein, denn es ist sehr schwer, den richtigen Koeffizienten zu finden, der den Berechnungen zu Grunde zu legen ist; diese Berechnungen werden hoffentlich in einigen Monaten abgeschlossen sein. Natürlich soll die Gemeinschaft nicht für ewige Zeiten gleich geschlossen werden, sondern es wird eine zweijährige Kündigungsfrist vorgesehen sein. Grundsatz wird sein, daß jeder Staat Ersparnisse erzielt, ohne die Finanzen des anderen Staates zu beeinträchtigen. Ich habe grundsätzlich keine Anregung zu dieser Gemeinschaft gegeben, um auch nicht den Schein zu wecken, als ob Preußen darauf ausginge, seinen Einfluß zu erweitern. Die Anregung kam von Württemberg, dann folgten Baden, Elsaß, Bayern, Sachsen und die übrigen Staaten. Daß Preußen keinen Anlaß hatte, auf den Abschluß zu drängen, ist vom Abg. Hieber im Reichstage ausdrücklich anerkannt; er meinte aber, das ganze deutsche Volk werde sich über den Abschluß einer solchen Betriebsmittelgemeinschaft freuen. Das unterschreibe ich durchaus. Die Selbständigkeit der Verwaltung der einzelnen Eisenbahnnetze darf natürlich nicht beeinträchtigt werden, daß aber die Leitung der Betriebsmittelgemeinschaft Preußen zufallen muß, kann auch nicht zweifelhaft sein. Mit einer Umwandlung der Staatsbahnen in Reichsbahnen werde ich nie einverstanden sein, das ist auch gar nicht erforderlich, um der einschlägigen Bestimmung der Reichsverfassung zu entsprechen. Die Betriebsmittelgemeinschaft wird auch hoffentlich eine Vereinheitlichung der Personentarife ermöglichen, denn der Ausfall, den jede Reform auf diesem Gebiete zuerst mit sich bringt, kann durch die Ersparnisse aus der Betriebsmittelgemeinschaft gedeckt werden. Sollte es aber bezüglich der Personentarife zu einer Vereinheitlichung nicht kommen, dann muß Preußen-Hessen mit Elsaß allein vorgehen. Die Technik hat gewaltige Fortschritte gemacht, denken Sie an den Simplontunnel, — aber auf dem Gebiete unserer Tarife befinden wir uns noch ungefähr im Zeitalter der Postkutsche. Aktenstücke und Tintenfässer dürfen nicht größere Hindernisse sein, als die Alpen. (Beifall.)

Damit ist die Debatte über die Betriebsmittelgemeinschaft erledigt.

Das Haus geht über zum Kapitel „Einnahmen".

Zunächst erfolgt eine allgemeine Besprechung des gesamten Eisenbahnwesens unter Einbeziehung der Verhandlungen des Landeseisenbahnrats, des Betriebsberichts sowie folgender Anträge:

a) des Abg. Dr. Wiemer (frs. Vgg.) und Genossen:
die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, eine Reform des Eisenbahn-Personentarifs baldmöglichst dahin in die Wege zu leiten, daß unter Aufhebung der Rückfahrkarten die Preise für die einfache Fahrt auf die Hälfte der jetzigen Rückfahrkarten festgesetzt werden;

b) der Abg. Gamp (frk.):
In dem Antrage der Abg. Wiemer u. Gen.:
1. hinter „daß" einzufügen: „zum Zwecke der Vereinfachung des Fahrkartenwesens";
2. hinter „Fahrt" einzufügen: „an Personenzügen";
3. hinter „festgesetzt" einzufügen: „und für Schnellzüge entsprechende Zuschläge eingeführt".

Die Budgetkommission beantragt, den Antrag a in folgender Fassung anzunehmen:

1. die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, eine Reform des Eisenbahn-Personentarifs mit dem Ziele der Vereinfachung ohne wesentliche finanzielle Einbuße in die Wege zu leiten;
2. den Antrag b abzulehnen.

Betreffend den Ausbau des Eisenbahnnetzes sind weiter gestellt folgende Anträge:

c) des Abg. Dr. Friedberg (ntl.):
den Ausbau des Staatsbahnnetzes kräftiger als bisher zu fördern und dabei die Verkehrsinteressen der an dasselbe anzuschließenden Landesteile in erster Linie zu berücksichtigen;

d) des Abg. v. Strombeck (Zentr.):
bei der Anlage neuer Eisenbahnen die in wirtschaftlicher Beziehung darniederliegenden Gegenden mehr als bisher zu berücksichtigen;

e) des Abg. Graf Moltke (fk.):
in den zurzeit der Aufschließung besonders bedürftigen Landesteilen den Ausbau des Eisenbahnnetzes noch rascher zu fördern als bisher der Fall — unter Berücksichtigung der gegebenenfalls aus Eisenbahn-Ueberschüssen vorhandenen Mittel und nach Maßgabe der Dringlichkeit im einzelnen Fall;

f) des Abg. Frhrn. v. Zedlitz und Neukirch (fk.):
bei dem Ausbau des Staatsbahnnetzes fortan folgende Grundsätze zu befolgen:
1. bei der Beurteilung der Bauwürdigkeit neuer Bahnlinien neben dem Verkehrszuwachs anderer Bahnstrecken auch die von der neuen Linie zu erwartenden Frachtermäßigungen zu berücksichtigen und fiskalische Rücksichten zurückzustellen, sobald wesentliche verkehrspolitische Gesichtspunkte vorliegen, insbesondere es sich um die Befriedigung wirklicher Verkehrsbedürfnisse handelt;
2. den Ausbau bauwürdiger Linien durch leistungsfähige und zuverlässige Privatunternehmungen zu fördern, sofern der Staat zum Ausbau nicht bereit ist;
3. notleidenden Landstrichen eine besonders wirksame Fürsorge durch Anschluß an den Eisenbahnverkehr zuteil werden zu lassen.

Die Budgetkommission beantragt, die Anträge c, d und f anzunehmen, Antrag e) durch den Beschluß zu dem Antrag c für erledigt zu erklären.

Abg. v. Quast (kons.) spricht seine Freude darüber aus, daß nun endlich eine Personentarifreform im Sinne einer Vereinfachung erfolgen soll. Sehr zu begrüßen sei es auch, daß jetzt der Bedarf an Schwellen schon zu 44 Proz. im Inlande gedeckt werde; es sei noch nicht lange her, als es nur 21 Proz. waren. Dem Minister solle er volle Anerkennung für die Umsicht, mit der er die Betriebssicherheit erhöhe.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (fk.) meint, mit einzelnen Tarifermäßigungen dürfe man sich nicht mehr begnügen, es müsse eine großzügige Tarifpolitik betrieben werden, die es dem inländischen Produzenten ermögliche, den Konsum in allen Teilen des Landes zu befriedigen, also den einheimischen Markt völlig zu beherrschen. Die Tarifreform muß in gleicher Weise die Interessen unserer Landwirtschaft und Industrie wahrnehmen. Hierauf ziele auch der von ihm und den Nationalliberalen gestellte Antrag ab, den er einstimmig anzunehmen bitte.

Abg. Wallenborn (Ztr.) spricht sich für Beibehaltung der vierten Klasse aus und erklärt sich für den Antrag Zedlitz-Friedberg.

Abg. Goldschmidt (fr. Vp.) ist ebenfalls für diesen Antrag, bittet aber, bei der Tarifreform auf den Schnellzugszuschlag zu verzichten und überhaupt im Hinblick auf das soziale Gebiet in der Verkehrspolitik mit Volldampf voraus zu fahren.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr: Fortsetzung der heutigen Beratung. Schluß 4¼ Uhr.

Ausland.

Schwedisch-norwegische Konsulatsfrage.

Das Spezial-Komitee des Storthing in Christiania entschied mit 16 gegen 3 Stimmen über folgende Grundlage für die weitere Behandlung in der Konsulats-Angelegenheit: In der gegenwärtigen Storthingsession soll über eine Gesetzesform Beschluß gefaßt werden, betreffend Einrichtung eines eigenen norwegischen Konsulatswesens und die Hauptzüge der Organisation desselben. Der Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Gesetzes wird nach näherer Verhandlung mit der neuen Regierung festgesetzt, doch darf dieser Zeitpunkt nicht später als 1. April 1906 sein. Sobald dieser Beschluß vom Storthing angenommen ist, hat die Regierung das mit Schweden gemeinsame Konsulatswesen zu kündigen. Ein Mitglied des Komitees schlug vor, daß im Laufe der Session des Storthing ein Gesetz über Einrichtung eines norwegischen Konsulatswesens angenommen und für das Inkrafttreten desselben der 1. April 1906 festgesetzt werden solle. Drei Mitglieder, darunter der Präsident des Spezial-Komitees, Prebensen, schlugen vor, daß die notwendigen Aenderungen des Grundgesetzes und der Reichsakte sobald wie möglich vorgeschlagen werden.

Der Krieg in Ostasien.

Der linke japanische Flügel nordwestlich von Mukden.

Der Korrespondent des Reuterschen Bureaus bei der Armee Okus meldet vom Sonntag: Seit dem 28. v. Mts. drängt der linke japanische Flügel nachdrücklich vorwärts und greift trotz großer Schwierigkeiten beständig an; heftige Schneestürme wüten. Die Bewegungen werden bei Nacht durch Sternraketen und Scheinwerfer erhellt. Die Japaner nahmen die russischen Schanzgräben, die durch Drahtgeflecht geschützt waren, mit Maschinengewehren und dem Bajonett trotz harknäckigen Widerstandes der Russen, die sich jetzt in Unordnung zurückziehen und ihre Waffen und Bekleidungsstücke fortwerfen, um die Flucht zu erleichtern. Die Japaner erbeuteten eine Anzahl sechssöllniger Geschütze und Maschinengewehre; ihre Angriffe wurden durch heftiges Geschützfeuer gedeckt. Alle Belagerungsgeschütze von Port Arthur wurden verwendet, ihre Wirkung war furchtbar. Dörfer wurden zerstört und Erdverschanzungen verwüstet; die Russen wurden entmutigt. Inzwischen beschränkt sich der Kampf in dem Zentrum auf Artilleriekampf. Der japanische äußerste linke Flügel steht jetzt nordwestlich dicht bei Mukden und ein Entkommen der russischen Hauptmacht scheint unmöglich.

Das Ringen um den Tod

Dem „Ruß" in Petersburg wird aus Mukden gemeldet: „Wir durchleben schwere Augenblicke. Ein Ringen hat begonnen, nicht mehr um das Leben, sondern um den Tod."

Marokko.

Die Lage in Marokko wird in Paris für ernst gehalten. Man ist dort der Ansicht, daß die Mission des Gesandten St. Rene Taillandier keinen dauernden Erfolg haben werde. Die französische Regierung glaubt, daß sich bald die Notwendigkeit ergeben wird, eine militärische Macht nach Fes zu senden.

Vereinigte Staaten von Amerika.

Präsident Roosevelt hat eine weitere Botschaft an den Senat gerichtet, in welcher er auf die Ratifikation des Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19050307021/fragment/page=0002

trages mit San Domingo drängt. Der Präsident erklärt, der Vertrag bedeute nur einen Schutz der amerikanischen Gläubiger in San Domingo und eine Sicherheit für die Zahlung der Ansprüche, die von europäischen Gläubigern erhoben werden. Dies sei der einzige Weg, Amerika der Notwendigkeit zu entheben, beständig die Monroedoktrin anzurufen gegen ein Eindringen europäischer Mächte in dominikanisches Gebiet. Der Präsident schließt, der Vertrag ist daher nur ein Schutz gegen Verwickelungen mit fremden Mächten.

Präsident Roosevelt hat alle bisherigen Mitglieder des Kabinetts in ihren Ämtern bestätigt, jedoch ist der bisherige Kabinettssekretär für Handel und Industrie Cortelyou zum General-Postmeister ernannt worden. William Rockhill ist zum Gesandten in Peking ernannt worden an Stelle Conger's, der Gesandter in Mexiko wird. Ferner sind ernannt J. Riddle zum Gesandten für Rumänien und Serbien, der bisherige Generalkonsul in Tanger Gummeis zum Gesandten für Marokko, H. Thackera zum Generalkonsul in Berlin an Stelle Mason's, der zum Generalkonsul in Paris ernannt ist, und F. S. Giffney zum Generalkonsul in Dresden. Schatzsekretär Shaw wird im Februar nächsten Jahres von seinem Posten zurücktreten.

Der Oberste Gerichtshof in Washington bestätigte das Urteil des Circuit-Court of Appeals in dem Rechtsstreite Harriman und Genossen gegen die Northern Securities Company betreffend die Verteilung der Aktien und Obligationen dieser Gesellschaft. Das Urteil ist günstig für die Northern Securities Company und ist ein Sieg der Gruppe Hill-Morgan.

Nach einer Meldung der „Tribüne" ist die Ratifizierung des Vertrags mit Santo Domingo betr. Kontrolle der dominikanischen Zollverwaltung durch die Vereinigten Staaten wahrscheinlich.

Provinzialnachrichten.

R. **Merseburg**, 6. März. [Schulwesen.] Nach dem soeben erschienenen Verteilungsplan des Bedarfs der Alterszulagekasse für die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen des Regierungsbezirks Merseburg für das Rechnungsjahr 1905 besitzt unser Saalkreis 195 Lehrer- und 3 Lehrerinnenstellen an öffentlichen Volksschulen. Der Ausgabebedarf verteilt sich auf die Gemeinden für Lehrer mit 91,175,35 M., für Lehrerinnen mit 542,50 M. Hiervon kommen in Anrechnung die staatlichen Alterszulagekassenbeiträge für Lehrerstellen 65,715 M., für Lehrerinnenstellen 420 M. Die Gemeinden haben aufzubringen für Lehrer 25,460,35 M., für Lehrerinnen 122,50 M., insgesamt 25,582,85 M. Für das Rechnungsjahr 1905 beträgt der hiernach gemäß dem Gesetze vom 3. März 1897 vom Staate für die Lehrerstelle zu leistende Beitrag 337 M., für die Lehrerinnenstelle 140 M.

+ **Gräfenhainichen**, 6. März. [Der Prediger- und Lehrer-Verein] der Provinz Sachsen zur gegenseitigen Unterstützung bei Brandunfällen zählte am 1. Januar 1905 in sieben Klassen 12,949 Mitglieder, und zwar kommen auf die einzelnen Klassen: I 228, II 402, III 1022, IV 2281, V 5140, VI 1713 und VII 2163 Mitglieder. Die volle Ausfteuer in den Klassen beträgt: 31,708, 30,340, 26,560, 21,604, 15,705, 8900 und 4855 Mark. Es kamen 182 Schadensfälle vor, die mit 6272,50 Mark zu entschädigen sind. Dazu tragen bei Klasse I bis III je 1,21, IV 1,06, V 0,90, VI 0,66 und VII 0,54 Mark. Nach der vorigen Jahresrechnung betrug die Einnahme 17,969,81 Mark, die Ausgaben 10,593,52 Mark, so daß ein Bestand von 7,376,29 verbleibt. Die Entschädigungen über 300 Mark betrugen 1695 Mark, unter 300 Mark 3570,75 Mark, die Verwaltungskosten 5053,60 Mark. Der Verein hat seinen Sitz in unserer Stadt. Kassierer ist Oberpfarrer Salau, Kalkulator Organist F. Malbeck und Ordner Pastor Schwiedehausen in Jüdenberg.

⊕ **Bitterfeld**, 6. März. [Selbstmord. — Stadtverordnetenwahl.] Heute vormittag wurde im Johannisloher hier, in der Nähe der schwarzen Brücke, ein weiblicher Leichnam aufgefunden. In der Selbstmörderin wurde das hiesige 16jährige Dienstmädchen Albertine K., aus Jeßnitz gebürtig, ermittelt. Der Beweggrund zur Tat ist unbekannt. — Heute abend wurde an Stelle des Rentiers Scholtz, welcher sein Amt freiwillig niedergelegt hat, von der 2. Wählerabteilung Rentier A. Winkler mit 48 von 49 abgegebenen Stimmen zum Stadtverordneten gewählt. Es übten nur etwa 17 Proz. der eingetragenen Wähler ihr Stimmrecht aus.

S. **Annaburg** (Bez. Halle), 6. März. [Schulangelegenheiten.] Auch unser Ort wird von dem allgemeinen Lehrermangel berührt, indem neben der kürzlich von den Hausvätern der hiesigen Schulgemeinde beschlossenen neuen Lehrerstelle zum 1. April voraussichtlich noch zwei Stellen frei werden, da die seit 1903 hier angestellte Lehrerin Rohrbacher ihren Dienst quittierte und dann seit 1902 hier tätigen Lehrer Sander, wie verlautet, zum 1. April eine Präparanden-Lehrerstelle in der Provinz Sachsen übertragen wird. Bis jetzt scheinen noch keine Bewerbungen um die drei freiwerdenden Stellen eingelaufen zu sein. Doch steht zu hoffen, daß sich bei der günstigen Gehaltslage der hiesigen Lehrerstellen (1000 M. Grundgehalt, 9×150 M. Alterszulagen und 180 M. Wohnungsgeld) namentlich ältere Bewerber für die drei Stellen finden werden.

—h. **Mühlberg a. E.**, 6. März. [Der hiesige Vorschuß-Verein], e. G. m. b. H., verteilt für das abgelaufene 46. Geschäftsjahr eine Dividende von 7 Proz. Der Geschäftsumsatz betrug 2,338,591.74 M., der Reservefonds 22,107,28 M., die Mitgliederzahl 237.

* **Bad Elster**, 6. März. [Eine merkwürdige Erscheinung] wird zur Zeit auf dem zwischen hier und Asch gelegenen Wolfsberge beobachtet. Die weiten, schneebedeckten Fluren haben das Aussehen, als ob Ruß auf den Schnee gefallen wäre. Bei genauerer Untersuchung erkennt man, daß diese rußige Färbung der Schneedecke von Millionen winzig kleiner Tiere, sog. Springschränzen, herrührt.

□ **Genthin**, 6. März. [Seminarprüfung. — Grundwasserbohrungen.] Bei der jetzt beendeten Entlassungsprüfung am hiesigen Schullehrer-Seminar unter Vorsitz des Regierungsrates von Werder-Magdeburg bestanden von 28 daran beteiligten Zöglingen 27, vier wurden wegen guter schriftlicher Arbeiten von der mündlichen Prüfung dispensiert. Superintendent Lübecke-Altenplathow wohnte der Religionsprüfung bei. — Trotzdem die Vorarbeiten zur Herstellung des Versuchsbrunnens für die Prüfung der vorhandenen Grundwassermengen zum Magdeburger Wasserwerk in der Nähe von Tucheim im Fiener rüstig fortschreiten, ist an eine Inbetriebsetzung des Brunnens vor Juni d. J. kaum zu denken. Mit dem Bau des Maschinenhauses ist vor einiger Zeit begonnen worden. Es sollen darin vier zum Pumpen erforderliche Lokomobilen aufgestellt werden. Der Tucheimer Bach nimmt das der Baugrube entnommene Wasser auf.

□ **Genthin**, 6. März. [Unfall. — Hemmung des Schiffahrtsverkehrs. — Bismarckwarte.] Der mit dem Ausputzen von Bäumen auf der Gollwitzer Feldmark beschäftigte frühere Schiffer Wilhelm Schröder stürzte bei dieser Arbeit vom Baume in die Tiefe und erlitt hierbei einen Bruch des Genicks, was seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. — Eine recht unangenehme Störung des Schiffahrtsverkehrs zwischen Berlin und der Elbe ist bei Brandenburg eingetreten. Die großen Elbkähne können die Brandenburger Stadtschleuse nicht passieren. Die großen Fahrzeuge liegen an verschiedenen Hafenplätzen fest und warten auf den Termin der Eröffnung der Vorstadtschleuse, deren Arbeiten jedoch noch bis Mitte März dauern können. — Die Erbauung einer Bismarckwarte auf dem Marienberge in Brandenburg, der jetzt von einem Kriegerdenkmal gekrönt ist, wird in nächster Zeit erfolgen. Ein geeignetes Grundstück hierzu ist von einem Bürger geschenkt worden.

K. Erfurt, 6. März. [Von einem Hunde angefallen.] Recht schlimm erging es heute vormittag dem Lehrling des Fleischermeisters Rösner. Als jener, um nach dem städtischen Schlachthause zu fahren, den großen Hund anspannen wollte, fiel dieser wütend über ihn her und zerfleischte ihm Arme und Beine. Der Schwerverletzte mußte sofort in ärztliche Behandlung gebracht werden.

* **Heiligenstadt**, 6. März. [Ernennung.] Regierungsassessor Dr. jur. von Christen ist zum Landrat ernannt worden. Das bisher kommissarisch von ihm verwaltete Landratsamt im Kreise Heiligenstadt wurde ihm endgültig übertragen.

* **Halberstadt**, 6. März. [Jubiläumsfeier. — Polizeischule.] Am 7. März begehen die beiden Regimenter unserer Garnison, das Infanterie-Regiment Prinz Louis Ferdinand von Preußen und das Kürassier-Regiment von Seydlitz, die Gedenkfeier ihres 90jährigen Bestehens. Als im Frühjahr 1815 nach der Rückkehr Napoleons von Elba der Krieg von neuem entbrannte, wurden aus dem im großen Jahre 1813 zusammengescharrten Korps neue Truppenteile gebildet. Aus dem Jäger-Bataillon von Reiche, aus der Infanterie des von Hellwigschen Freikorps, welch letztern größtenteils aus Halberstädter Freiwilligen bestand, sowie aus dem Reservebataillon des Elb-Infanterie-Regiments trat das 27. Infanterie-Regiment zusammen. Das Kürassier-Regiment, das zunächst die Nr. 4, später Nr. 7 erhielt, wurde aus Abgaben verschiedener Kavallerie-Regimenter gebildet. Seine Garnisonen sind seit 1817, also seit 88 Jahren, Halberstadt und Quedlinburg. Ihre jetzige Bezeichnung haben die beiden Regimenter durch Kabinetts-Order vom 27. Januar 1889 erhalten. Am Vorabend der Feier fand die Begrüßung der ehemaligen Offiziere der Regimenter durch ihre aktiven Kameraden in den betreffenden Regimentshäusern statt. Am Festtag selbst versammeln sich die Offizierkorps beider Regimenter im Regimentshause des Infanterie-Regiments in der Spiegelstraße zum gemeinschaftlichen Mahle, zu dem auch die höheren Vorgesetzten aus Magdeburg und Halle erwartet werden, sowie die Spitzen der Behörden in Halberstadt ihr Erscheinen zugesagt haben. — Die von der Stadt hier eingerichtete Polizeischule wurde heute vom Regierungspräsidenten Dr. Volk und Regierungsrat Tilmann aus Magdeburg im Beisein des Oberbürgermeisters Dr. Oehler einer eingehenden Besichtigung unterzogen. An dem unter Leitung des Polizeiinspektors Bogemihl stehenden Kursus nahmen 6 Polizeibeamte aus verschiedenen Städten unserer Provinz teil. Lehrgang und Lehrmethode fanden den vollen Beifall der besichtigenden Herren. Da der Versuch nach jeder Richtung hin gelungen ist, so sollen diesem ersten Kursus, der am 15. d. M. sein Ende erreicht, weitere folgen, die ebenfalls 2 Monate dauern werden.

« **Vom Brocken**, 6. März. [Witterungsbericht.] Nachdem Freitagnacht noch starker Nebel einen Rauhreifansatz von 12 cm gebracht hatte, durchbrach am Sonnabend mittag die Sonne die Nebelhülle, aber die Fernsicht war durch ein in 800 Meter Höhe lagerndes Wolkenmeer beschränkt; trotzdem war der Aufenthalt im Freien ziemlich angenehm. Seit Sonntag früh herrscht auf dem Brocken fast wolkenloser Himmel, die Kuppe ist umgeben von einem Wolkenmeer, welches bei Sonnenauf- und Untergang die prächtigsten Farbentöne aufweist. Merkwürdigerweise hatten wir am Sonntag nur ungefähr 40 Touristen, die Talbewohner ließen sich wohl durch die Wolkendecke über ihnen abschrecken, während hier oben schönster Sonnenschein herrschte. (Nachdruck, auch auszugsweise, untersagt.)

— [Erledigte geistliche und Lehrerstellen.] Durch das Ableben ihres Inhabers ist die (mit Ablauf der Gnadenzeit am 31. Januar 1905 zu besetzende) Pfarrstelle zu Groß-Kräfendorf, Diözese Lauchstädt, frei geworden. Sie unterfällt der freien kirchenregimentlichen Besetzung und gewährt neben freier Wohnung das Grundgehalt der V. Besoldungsklasse mit 4200 M.. Zur Stelle gehören zwei Kirchen. Die Berufung erfolgt diesmal durch die Kirchenbehörde. Da das Einkommen neben freier Wohnung 3000 M. übersteigt, so ist nur ein Geistlicher von mindestens zehn Dienstjahren zu berufen. Bewerbungen sind schleunigst einzureichen. — Durch die Pensionierung ihres Inhabers wird die Oberpfarrstelle an St. Nikolai zu Magdeburg-Neustadt, Diözese Magdeburg, am 1. Juli d. J. frei. Sie unterfällt der freien kirchenregimentlichen Besetzung und gewährt neben freier Wohnung ein Einkommen von ca. 5711,40 M. Hiervon sind 1571 M. Pfarrlandabgabe 8 Jahre lang an den Pensionsfonds der evangelischen Landeskirche zu zahlen. Zur Stelle gehört eine Kirche. Die Berufung erfolgt diesmal durch die Kirchenbehörde. Da das Einkommen neben freier Wohnung 3000 M. übersteigt, so ist nur ein Geistlicher von mindestens zehn Dienstjahren zu berufen.

* **Köthen**, 6. März. [Besuch des Herzoglichen Paares.] In nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung machte Oberbürgermeister Schulz die Mitteilung, daß dem Besuch des Herzogs und der Herzogin in unserer Stadt im zweiten Drittel des März bestimmt entgegengesehen werden könne. Man habe diese Zeit in Vorsichtig gebracht, weil bis dahin der Umbau an der St. Jakobskirche beendet sei und der Herzog den Wunsch zu erkennen gegeben habe, das Gotteshaus kennen zu lernen. In Aussicht genommen ist ein Besuch des Städtischen Höheren Technischen Instituts, der St. Jakobskirche und des Rathauses. Zur Ausschmückung der Straßen und der Beschaffung neuer Dekorationsgegenstände wurde eine Summe von 3000 M. in Vorschlag gebracht.

* **Roßlau**, 6. März. [Schwer verletzt.] Zu benachbarten Meinsdorf wurde in letzter Nacht nach Schluß des Tanzvergnügens der Nachtwächter von drei jungen Burschen aus Roßlau überfallen. Auf dessen Hilferufe eilte der Gemeindevorsteher Dost herbei. Dieser wurde nun von den Burschen mit Messern und Schlagringen derart zugerichtet, daß er schwer verletzt darniederliegt. Herr Dost soll 17 Messerstiche erhalten haben.

* **Bernburg**, 6. März. [Leichenfund.] Heute morgen wurde am Mühlwehr von der Saale eine männliche Leiche angeschwemmt, die wohl schon längere Zeit im Wasser gelegen hat. Die Leiche war bekleidet mit einem schwarzen Kammgarnanzuge und neuen Schnürstiefeln. Das Portemonnaie wies noch mehrere Mark auf; in dem Deckel der Uhr ist der Name „Hoffmann" eingraviert. Die Leiche ist nach vollzogener Besichtigung in die hiesige Leichenhalle überführt worden.

E. **Zerbst**, 6. März. [Milchkontrollverein.] Die Herdbuchgenossenschaft der Zerbst-Jerichower Landschaft hat in ihrer Sitzung am 26. Februar auf einstimmigen Beschluß einen Milchkontrollverein gegründet. Es ist dies der erste Kontrollverein im Herzogtum Anhalt und der Provinz Sachsen. Die Kontrolle soll nach rheinischem Muster durchgeführt werden. Als Kontrollassistent ist ein Herr aus Dänemark angestellt, der in der nächsten Woche seine Tätigkeit beginnen wird.

* **Leopoldshall**, 6. März. [In Ausführung ihres Berufs] wurde die 28jährige Hebamme Schmidt von einem Schlaganfalle betroffen. Ohnmächtig wurde die Frau nach ihrer Wohnung transportiert, in der sie, ohne wieder zur Besinnung zu kommen, verstarb.

* **Grund**, 5. März. [Aufgespießt.] Nachts hat sich bei dem Versuch, in den Garten des Pfannenschmidtschen Hauses am Roland zu springen, eine starke Hirschkuh an dem eisernen Zaune buchstäblich aufgespießt. Man fand das arme Tier morgens verblutet vor.

* **Braunschweig**, 6. März. [Raubanfall.] Am Sonnabend nachmittag 3 Uhr wurde auf dem Wege Kl.-Stöckheim—Salzdahlum an einer Frau aus Salzdahlum ein Raubanfall verübt. Sie wurde plötzlich von einem Manne, der sich im Walde versteckt gehalten hatte, von hinten niedergerissen und in den Graben geworfen. Hierauf zwängte der Räuber der Frau ein Tuch in den Mund und schlug sie mit den Fäusten in das Gesicht, so daß die arme Frau über und über mit Blut beschmiert war. Dann verlangte der Mann das Geld, das die Frau auch sofort samt dem Portemonnaie hergab. Nachdem der Unbekannte noch den Korb durchsucht hatte, lief er davon. Der Täter wird wie folgt beschrieben: Groß und schmächtige Statur, etwa 22 Jahre alt, dunkler Anzug und Schlapphut. Die Gendarmerie und Polizei setzte sofort alle Hebel in Bewegung, um den Täter zu ergreifen, doch ist dies bislang nicht gelungen. — Hierzu wird der „Braunschw. Landesztg." noch aus Wolfenbüttel berichtet: Sonnabend abend meldete sich auf der Polizei der Arbeiter Anselm Dornieden als obdachlos. Auf Grund des Signalements wurde er von der Polizei als des Raubanfalls verdächtig angehalten. Nach längerem Leugnen hat er denn auch die Tat eingestanden. D. ist erst 19 Jahre alt, aber bereits mehrfach vorbestraft.

= **Hildburghausen**, 6. März. [Technikum.] Ein recht erfreuliches Ergebnis hatten die am Freitag beendeten Reifeprüfungen unseres Technikums, die unter Vorsitz des Herrn Oberbaurat Fritze aus Meiningen stattfanden. Zur Reifeprüfung hatten sich sämtliche Kandidaten, und zwar 91, gemeldet, von denen 89 zur mündlichen Prüfung zugelassen werden konnten. 87 Kandidaten wurde das Zeugnis der Reife erteilt. Von diesen 87 erhielten drei das Prädikat „Mit Auszeichnung bestanden", 16 mit „Recht gut bestanden", 27 mit „Gut bestanden" und 41 mit „Bestanden". 50 Kandidaten gehörten der Maschinen- und Elektrotechnikerschule, 37 der Baugewerk- und Tiefbauschule an. Das Sommersemester beginnt am 4. April.

⊙ **Chemnitz**, 6. März. [Der König und die Volksbuldigungen.] Wie der aller Etikette abgeneigte, einfach und natürlich empfindende König Friedrich August sich schon vor seinem Einzug in Leipzig jeden größeren Aufwand für den Schmuck der staatlichen und städtischen Gebäude verbat und das Geld dafür den Armen zugewendet wissen wollte, so bemerkte er auch, als ihm das Programm für den Einzug in Chemnitz vorgelegt wurde, ausdrücklich, er wolle den ihm zugedachten Fackelzug nur dann annehmen, wenn auch der Schein einer Beeinflussung vermieden werde. Er dachte dabei in erster Linie an eine solche der sozialdemokratischen Fabrikarbeiterschaft durch die Arbeitgeber. Wie man sich erinnert, war seinerzeit bei der Rückkehr König Georgs aus den Bädern, wo er Genesung gesucht hatte, nach Dresden der Schein einer Beeinflussung der Beamtenschaft durch gewisse hochstehende Komitees nicht gemieden worden, was einen bösen Schatten auf die Einzugsfeierlichkeiten warf.

* **Döbeln**, 6. März. [Rettungsmedaille.] Für die unter eigener Lebensgefahr bewirkte Rettung zweier Kinder, eines 11- und eines 9jährigen Knaben, wurde dem hiesigen Rattzimmermann Börner die silberne Lebensrettungsmedaille überreicht. Zugleich erhielt er einen vom Stadtrat bewilligten Geldbetrag von 30 M. ausgehändigt.

Leitung: Otto Sonne.

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann; für den lokalen Teil: Heinrich Goeres; für Provinzialnachrichten: Jean Eschweiler; für das Feuilleton: Dr. Arthur Ploch; für den Handelsteil: Ernst Böhme; für den Inseratenteil: Carl Romacker. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 16 Seiten —
(einschl. der „Verlosungsliste".)

Den Eingang sämtlicher **Neuheiten** für **Frühjahr** und **Sommer** in

Knaben- u. Mädchen-Kleidung

für jedes Alter,

sowie **Kleidung** für **junge Herren** und **Damen**,

Kinderwagen u. Bettstellen. **Weisswaren u. Wäsche für Damen, Herren u. Kinder** Vollst. Einrichtungen für Kinderzimmer.

und **Hausbedarf** beehren sich anzuzeigen.

Geschw. Jüdel **101 Leipzigerstr. 101.**

Fernsprecher 647.

Weisswaren-Handlung.

Spezialität: Kaufhaus für Kinder-Bedarfsartikel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19050307021/fragment/page=0003

S. Roeders Bremer Börsenfeder

S. ROEDER'S BREMER BÖRSENFEDER

seit 90 Jahren **bekannt u. weltberühmt** als **beste Schreibfeder.**

Ueberall zu haben.

Man verlange **ausdrücklich: S. ROEDERs Bremer Börsenfeder,** weil viele **minderwertige** Nachahmungen unter ähnlicher Bezeichnung im Verkehr sind.

Gaskronen

in allen Stilarten, sowie sämtliche

Gasbeleuchtungsgegenstände,

Gasheiz- und Gaskochapparate

in großer Auswahl empfiehlt

C. G. Hölzke, Halle S.,

Spezialgeschäft f. Gas- u. Wasseranlagen, Franckestraße 7. — Telephon 746.

Bekannt billige Preise!

Peniger Maschinenfabrik und Eisengiesserei A.-G.

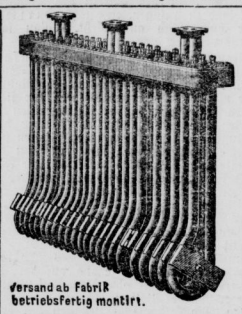
Penig in Sachsen.

Ausschaltbarer Schnellstrom-Überhitzer

— Patent Szamatolski. —

Alleiniges Ausführungsrecht für das Königreich und die Prov. Sachsen.

Heissdampfleitungen aus nahtlosen **Stahlrohren** mit **aufgewalzten Stahlflanschen** und allen hierfür erforderlichen **Armaturstücken.**



Versand ab Fabrik betriebsfertig montirt.

Heissdampfabläser mit Düsen.

Rotierende Heissdampfabläser „Radiator" D. R. G. M.

Transmissionen.

Reibungskupplungen, Zahnkupplungen, Seiltriebe aller Art, Schwungräder etc. Rotationspumpen u. Kapselpumpen.

Vorzügliches Engl. Porter und Ale

von Barclay-Perkins und Bass & Co., London, bei Entnahme von 12 Fl. a Fl. 35 Pfg. exkl.

Hochprima Holl. Austern a Dtzd. 2,25 Mk., p. 100 Stück 18 Mk.

Lebendfrischen Norderneyer Angel-Schellfisch.

Gemüse- u. Frucht-Konserven

zu bedeutend ermässigten Preisen.

Prachtvolle süsse Messina-Blut-, Bombos- und Berg-Apfelsinen und Mandarinen

empfehlen und versenden

Sprengel & Rink

Inh.: Franz Sprengels Erben & Oskar Klose.

Gegen rote Haut

ist **Kalophan** unstreitig das beste.

Ueberall zu haben.

Glasdosen a **1.50 M. u. 80 Pf.,** Tuben a 40 u.

Fabrikant **Reinhold Trommsdorff,** Erfurt.

10 Pfg.

Konkurswaren-Ausverkauf.

Das aus der **Max Lichtenstein'schen Konkursmasse,** Obere Leipzigerstraße **66,** herrührende Warenlager, bestehend aus:

Fertigen Kleidern, seidenen, wollenen u. Wasch-Blusen, Kostümröcken, Unterröcken, Korsetts, Handschuhen in Stoff u. Glacé, **Schürzen, Sonnen- u. Regenschirmen, Gürteln, Schleifen, Ballkragen, Kopfschals,** Seide und Wolle, **Pelzboas, Muffen, Besatz- und Kleidersammeten, Seidenstoffen, Bändern, Spitzen, Chiffons, Tüllen, Rüschen, Schleiern, garnierten und ungarnierten Winter- und Sommerhüten für Damen und Kinder, Kindermützen und Häubchen usw.**

gelangt **täglich** von vormittags **9 Uhr** ab zu **fabelhaften Preisen** zum Verkauf.

Verkaufszeit: vormittags von **9** bis **1** Uhr, nachmittags von **3** bis **7** Uhr.

Pfeiffersches Institut zu Jena.

Die mit einem **Pensionat** verbundene **Realschule,** deren Reifezeugnis zum **einjährigen Dienst** berechtigt, beginnt das Schuljahr 1905 am 27. April. Stete Aufsicht, hervorragende Erfolge. Prospekte auf Wunsch durch den Direktor **Prof. Pfeiffer.**

August Stapel

Garteningenieur

Gera (Reuß)

Luisenstraße 10pt.

Fernsprecher 932

Uebernahme aller technischen u. praktischen Arbeiten für Park- und Gartenanlagen

---

Flügel & Pianinos,

nur allerbeste Fabrikate von

Blüthner, Steinway & Sons, Feurich, Irmler, Ritmüller, Römhildt, Werner etc. in allen Stil- u. Holzarten.

Feinste reichhaltigste Auswahl am Platze.

Verkauf zu Originalpreisen von 450—3000 Mark.

Vermietung guter Pianinos.

Reparaturen und Stimmungen prompt und gewissenhaft.

R. Döll, Gr. Ulrichstr. 33, Fernspr. 2784.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen:

Maxim Gorki,

Mein Reisegefährte und andere Novellen.

Mit dem Bilde des Verfassers und einer Vorbemerkung. Preis broschiert 75 ₰, in Leinwand gebunden 1 ℳ

Der Vagabund und andere Novellen.

Mit dem Bilde des Verfassers und einer Vorbemerkung. Preis broschiert 75 ₰, in Leinwand gebunden 1 ℳ

Beide Sammlungen zusammen unter dem Titel:

Von der Landstraße und Anderes.

Mit dem Bilde des Verfassers und einer Vorbemerkung. Preis in elegantem Geschenkband 2.50 ℳ

Otto Hendel, Verlag, Halle a. S.

Neue Frühkartoffel „Erstling"

ist die früheste u. schönste Kartoffel die es gibt.

Sie wurde von keiner bis jetzt existierenden Frühsorte an Frühzeitigkeit auch nur annähernd erreicht, denn Erstling war schon vor Mitte Juni als neue Kartoffel auf dem Markte und war kostbar mehlig und schmackhaft. So bleibt sie auch den ganzen Winter hindurch.

„Erstling" ist sehr widerstandsfähig gegen Nässe, gelbfleischig und kurzlaubig.

Alle diese vorzüglichen Eigenschaften sowie der staunenerregend **hohe Ertrag** (es wurden z. B. von 10 Pfund 294½ Pfund geerntet), sollten Jedermann zum Anbau dieser Neuheit veranlassen.

Ich offeriere: 1 Ztr. Mk. 15.—, ½ Ztr. Mk. 8.—, 20 Pfund Mk. 4.—, 10 Pfund-Postpaket Mk. 2.50.

Versand nur bei frostfreiem Wetter. Bestellungen schon jetzt erbeten. **Genaue Angabe der Adresse, Post- und Bahnstation erwünscht.**

Ferner offeriere 3 weitere gute Frühsorten:

„Kaiserkrone" . . 1 Ztr. Mk. 10.—, ½ Ztr. Mk. 5.50, 10 Pfd. Mk. 2.—
„Perle von Erfurt" 1 „ „ 10.—, ½ „ „ 5.50, 10 „ „ 2.—
„Paulsens Juli" . . 1 „ „ 8.—, ½ „ „ 4.50, 10 „ „ 1.50

und als beste Salatkartoffel:

Fürst Bismarck . . 1 Ztr. Mk. 10.—, ½ Ztr. Mk. 5.50, 10 Pfd. Mk. 2.—

Rudolf Büchner, Thüringer Zentrale für Saatkartoffeln, **Erfurt 202.**

Samenhandlung, Kunst- und Handelsgärtnerei, Lieferant in- u. ausländ. Höfe.

Neuen Haupt-Samen- und Pflanzen-Katalog auf Verlangen gratis u. franko.

Weber's Carlsbader Kaffeegewürz

ist die Krone aller Kaffeeverbesserungsmittel.

Weltberühmt

als der feinste Kaffeezusatz.

Apfelwein, a Liter	30	in diesen Tagen	
Riesling, „ „	80	**vom Faß,**	
Samos, „ „	100		
Portwein, „ „	125, 150		

stets günstiges Angebot.

Reinhold Arndt, Harz 11.

Elektrisch u. Gasheizung.

Bettfedern-Reinig.-Anstalt

Saubere Inlett-Wäscherei.

Gr. Märkerstr. 17.

Bettfedern u. Inlette billigst.

Strohhüte

zum **Waschen** und **Modernisieren** nimmt an

B. Herker,

Steg No. 1,

gegenüber der Glauch. Kirche.

Achtung! Achtung!

Für Brauereien, Garten-Etablissements und Private zur Saison!

empfiehlt sauberen

Gartenmöbel-Anstrich

mit nur wetterfesten Farben u. Lacken. **Gartentische** a Stück von 30 ₰ an, **Stühle** von 20 ₰ an, **Küchenmöbel! Küchenschränke** a Stück 2 ℳ, **Tische** a Stück 1 ℳ, **Stühle** a Stück 40 ₰, **Leim-** sowie **Oelfarbenanstriche** im □Mtr. billigst. **Tapezieren** a Rolle 30 ₰. **Firmenschreiberei** in nur moderner Richtung, das billigste am Platze was es gibt. **Reklame-Shirting-Schilder** extra billig!

P. K. Breinig,

Maler und Firmaschreiber,

Halle a. S., Gr. Brunnenstr. 56, p.

Nur für Kenner!

Garantiert neue gerissene Gänsefedern mit den ganzen Daunen zerrissen versende ich in halbweiß Mk. 2.45, reinweiß Mk. 2.90 p. Pfd., außerdem empfehle ich nur in

reinen Gänsefedern

Gänseschlachtfedern mit	p. Pfd. Mk.
Daunen	1.40
Dieselbe Qualität sortiert (ohne Reife)	1.75
Gänsehalbdaunen hell	2.00
ganz weiß	2.50
Gänsedaunen halbweiß	3.50
„ reinweiß	4.25

Der Versand geschieht p. Nachn. od. vorher. Einsendung d. Betrages. Was nicht gefällt, nehme zurück. Muster grat. u. frko.

Rudolf Müller, Stolp i. Pomm.

Gutsitzende Korsetts von 1.00—8.00 ℳ empfiehlt

H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84.

EMSER Kränchenbrunnen

der altberühmten Kränchenquelle,

Emser Kesselbrunnen, Kaiserbrunnen, Victoriabrunnen, Emser Pastillen und Quellsalz

zu haben in allen Apotheken, Droguerien und Mineralwasserhandlungen, sowie durch die

Kgl. Bade- u. Brunnenverwaltung Ems.

KNORR's

Hafermehl

in 30jähriger Praxis als bestes Kindernährmittel bewährt.

Hafergrütze | Erbsenmehl
Grünkernmehl | Reismehl

für vorzügl. Schleimsuppen,

Suppentafeln | Erbswurst

nur mit Wasser zuzubereiten,

halten unserer verehrl. Kundschaft bestens empfohlen.

H. Ch. Werther & Co.

JAVOL*

ist das vorzüglichste

Haarwasser der Welt

Javol* ist bei den höchsten Herrschaften in täglichem Gebrauch. Es macht das Haar kräftig, seidenweich u. geschmeidig, stärkt und erfrischt die Kopfhaut. Erfrischend und wohltuend für die Nerven. **Javol*** in schwarzer Flasche M. 2.—, Doppelflasche M. 3.50, Reiseflasche M. 2.25.

(Für sehr fettiges Haar fordere man Javol* zu gleichen Preisen in weißen Flaschen.) In Parfümerie-, Drogen- und Coiffeurgeschäften, auch i. vielen Apotheken. Beschreibungen, Gutachten kostenfrei durch **Bilz, Anhalt** G. m. b. H., Ostseebad Kolberg.

*) Wird ausgesprochen: javohl.

Verkaufsstellen durch Schaufenster-Dekorationen und Plakate kenntlich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19050307021/fragment/page=0004